

Stau oder Politik: Eine gefährliche Fahrt in die Wahlsaison!

Am 11.01.2025 reflektiert Jürgen Steck über Verkehrsstau und Politik im Ostalbkreis sowie die bevorstehenden Wahlen.

Ostalbkreis, Deutschland -

Am 11. Januar 2025 widmete sich die Schwäbische Post in einem Artikel von Jürgen Steck den Gedanken über Verkehrsstau und politische Parteien. Der Autor, der sich im Rückreiseverkehr am Ende der Ferien befindet, nutzt die Gelegenheit, um über den Reformstau in Deutschland nachzudenken und zu reflektieren, wie die Schwäbische Post die Wahlkampfphase einleiten kann.

Steck zieht dabei einen Vergleich zwischen dem Verkehrsstau und den politischen Parteien. Er beschreibt die Positionen der verschiedenen Parteien: Die FDP gewährt den Besserverdienenden Vorfahrt im Stau, die CDU setzt auf Stärkung und Ausbau von Straßen, während die Grünen den Schienenverkehr fördern. Die AfD fordert eine Ausweisung von Ausländern für freie Fahrt der Deutschen, während die SPD den Stau als sozialdemokratisches Phänomen betrachtet, bei dem alle gleich schnell vorankommen. Um den Wählern zu helfen, wird auf den Wahlcheck der Schwäbischen Post hingewiesen, der sich mit wichtigen Themen wie Sicherheit, Steuergerechtigkeit, Ukraine, Mobilität, Rente und Migration beschäftigt. Der Wahlcheck umfasst Interviews mit sechs Direktkandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien und ist Teil der Wahloffensive der Schwäbischen Post, die auch

Podiumsdiskussionen und Reportagen beinhaltet.

Politische Einigkeit und Uneinigkeit in Mobilitätsfragen

In einem weiteren Bericht thematisiert die Tagesschau die Einigkeit aller Parteien über die Verlagerung von Gütern von Straße auf Schienen und Wasserstraßen. Gleichzeitig zeigen sich jedoch wesentliche Unterschiede, insbesondere beim Thema Tempolimit auf Autobahnen: Während die Grünen und die Linkspartei dafür sind, lehnen Union und FDP ein solches Limit ab.

Die CDU/CSU plant zusätzliche Mittel für die Verkehrsinfrastruktur in Höhe von 25 Milliarden Euro für Fernstraßen und unterstützt die Verlagerung des Güterverkehrs auf Schienen und Wasserstraßen. Zudem wird der Ausbau von Car-Sharing und Mietfahrrad-Modellen gefordert, während ein generelles Tempolimit auf Autobahnen abgelehnt wird.

Die SPD sieht Mobilität als eine wirtschaftliche, sozial gerechte und ökologisch sinnvolle Aufgabe an und strebt eine drastische Verringerung der Staus an, indem der Verkehr vermehrt auf Schiene und Wasserwege verlagert wird. Sie lehnt die Privatisierung der Bahn ab und möchte die Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit im Bahnverkehr verbessern.

Die FDP hingegen setzt auf den Erhalt und Ausbau der Verkehrswege, insbesondere der Straßen, und befürwortet Lang-LKW sowie die Abschaffung eines generellen Tempolimits. Ein weiteres Anliegen der FDP ist die Legalisierung von Radarwarngeräten.

Die Linke fordert eine „Mobilität für alle – mit weniger Verkehr“ und strebt langfristig einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr an, der durch Steuern finanziert werden soll. Die Partei spricht sich emphatisch gegen die Bahnprivatisierung aus und möchte die Besteuerung des Straßenverkehrs erhöhen.

Die Grünen legen ihren Fokus auf nachhaltige Mobilität und möchten den Güterverkehr von der Straße auf Schienen und Wasserwege verlagern. Auch sie fordern ein generelles Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen.

Diese politischen Positionen zeigen die vielschichtigen Ansichten zu Mobilitätsthemen und verdeutlichen die Komplexität der Diskussion im Vorfeld der nächsten Wahlen.

– Übermittelt durch **West-Ost-Medien**

Details	
Ort	Ostalbkreis, Deutschland
Quellen	• www.schwaebische-post.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at